

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 666 846 ppbn d  
Telefax: 21 0564



## Inhalt

Oskar Lafontaine zur  
Entwicklung in der  
Golfregion: Es geht um  
ungezählte Kinder,  
Frauen und Männer.

Seite 1

Dr. Dietrich Sperting  
MdB zu den strukturel-  
len Veränderungen im  
Leben des Landes:  
Wird es die So-  
wjetunion wieder ge-  
ben?

Seite 3

### Dokumentation

Prominente Politikerin-  
nen haben einen Aufruf  
des Frauenbündnis '90  
unterzeichnet: Krieg ist  
keine Lösung!

Seite 5

46. Jahrgang / 11

16. Januar 1991

### Es geht um ungezählte Kinder, Frauen und Männer Zur bedrohlichen Entwicklung in der Golfregion \*)

Von Oskar Lafontaine  
Stellvertretender SPD-Vorsitzender  
Ministerpräsident des Saarlandes

Das oberste Gebot jeder Politik muß die Erhaltung des Lebens sein; Politik versagt, wenn sie sich der Erhaltung des Lebens nicht mehr verpflichtet weiß. Wir müssen überall auf der Welt, und nicht nur dann, wenn es gerade in diesem oder jenem Interesse liegt, eintreten für die Erhaltung der Menschenrechte, eintreten für Selbstbestimmung und Demokratie. Ich wundere mich, daß heute so oft noch leichtfertig über Krieg geredet und geschrieben wird. So als sei heute Krieg vergleichbar mit Bildern oder Ereignissen, die der eine oder andere aus früheren Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten noch in der Erinnerung hat. Krieg im Sinne des Begriffes, der in früheren Jahren verwandt worden ist, einen solchen Krieg kann es nicht mehr geben. Krieg ist heute etwas ganz, ganz anderes. Krieg ist heute über weite Strecken unvorstellbar. Krieg übersteigt das Fassungsvermögen der meisten Menschen und damit auch der meisten politisch Handelnden. Krieg ist heute nicht mehr Kampf, sondern Massenmord auf Knopfdruck und daher unmenschlich in sich. Krieg kann daher auch keinen menschlichen Zielen mehr dienen. Weder der Verteidigung der Freiheit und erst recht nicht dem Schutz des Lebens.

Was stünde denn am Ende eines Krieges? Der Schutz des Lebens der Menschen, um die es angeblich bei dieser Auseinandersetzung geht? Ja, zynisch könnte man hinzufügen, im Hinblick auf den Golf, noch nicht einmal die Ölquellen wären gesichert, wenn es zu einem großen Brand am Golf käme. Wir müssen endlich begreifen, die offizielle Sprache muß endlich begreifen und diejenigen, die leichtfertig daherreden oder schreiben: Es geht nicht um Saddam Hussein, es geht nicht um George Bush, es geht nicht um Michail Gorbatschow, es geht um ungezählte Kinder, Frauen und Männer und um deren Leben, um nichts anderes. Wir müssen endlich lernen, der entmenslichten Sprache der offiziellen Politik zu widerstehen. Es geht nicht um den Irak, es geht nicht, ich wiederhole es, um einzelne Personen, es geht nicht um ein Ultimatum an den Irak, nein, es ist eine Frist gesetzt worden für das Leben vieler unschuldiger Menschen, auch der Soldaten, die von vielen Ländern am Golf versammelt worden sind.

\*) Oskar Lafontaine trug diese Gedanken am Abend des 15. Oktober in einer Rede vor dem Saarbrücker Schloß vor.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Es wurde soviel geredet über das alte Denken und über das neue Denken. Das alte Denken, das befangen ist und war in den Kategorien militärischer Stärke und in den Kategorien der Macht. Aber das alte Denken hat oft versagt, wenn es um das Leben ging. Es geht also nicht nur in der heutigen Zeit um neues Denken, es geht um ein neues Empfinden für das Leben, das unser Leben natürlich zunächst im Auge hat, aber das Leben zukünftiger Generationen immer mehr im Auge haben muß und damit auch ein Gefühl haben muß für das Leben und das Leben in der Natur. Wenn wir so die politischen Ziele für die Zukunft definieren, dann meine ich, können wir uns alle verständigen, unabhängig aus welchen Lagern wir kommen - gesellschaftlichen Lagern, Interessenverbänden, Glaubensüberzeugungen oder Parteien. Daß wir zunächst appellieren müssen an den Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow, alle seine Möglichkeiten auszuschöpfen, daß die Konflikte in der Sowjetunion nicht gewaltsam ausgetragen werden.

Gewalt gegen Menschen ist immer ein falsches Mittel in der Politik. Wir fordern als zweites den Irak auf, die unrechtmäßige Besetzung Kuwaits zu beenden und seine Truppen aus Kuwait zurückzuziehen. Wir fordern als drittes alle beteiligten Staaten auf, keine kriegerischen Handlungen am Golf in die Wege zu leiten. Es gibt nichts, es gibt kein Ziel, was derzeit kriegerische Handlungen am Golf rechtfertigt. Wir fordern zum vierten die Fortsetzung der wirtschaftlichen Sanktionen. Wir fordern zum fünften Verhandlungen weiter zu nutzen, um den Frieden am Golf zu ermöglichen. Wir unterstützen ausdrücklich die in letzter Minute zustandegekommene Initiative des französischen Staatspräsidenten. Wir fordern sechstens eine Friedenskonferenz für den Golf nach dem Muster der KSZE. Eine Friedenskonferenz, die die Interessen aller betroffener Menschen und Völker berücksichtigt, die Interessen der Palästinenser, der Kurden, der Araber und selbstverständlich die Interessen Israels.

Wir fordern die Beachtung der Menschenrechte, wir fordern mehr Selbstbestimmung in Kuwait, in Saudi-Arabien, in Syrien, im Irak, in Iran und auch im Partnerland Türkei. Menschenrechte sind nirgendwo außer Kraft zu setzen. Demokratie und Selbstbestimmung muß überall auf der Welt die innere Ordnung der Staaten bestimmen. Unsere Forderungen sind aber nur glaubwürdig, wenn wir selbst uns verabschieden vom Denken in Gewaltkategorien und vom Denken in den Kategorien der militärischen Stärke, und erst recht, wenn wir uns verabschieden, dem ökonomischen Prinzip immer Vorrang einzuräumen vor den Prinzipien des Lebens. Und daher gilt für uns, die Deutschen: Wir müssen endlich aufhören, Waffen in Entspannungsgebiete zu exportieren.

Ich sage es in aller Deutlichkeit, weil es viel zu wenig gesagt worden ist: 1980 hat der Irak auch einen Krieg begonnen mit dem Iran. Dieser Krieg dauerte 10 Jahre. Dieser Krieg hat eine Million Menschenleben gekostet. Wer während dieser Zeit den Irak mit Waffen beliefert hat, und das gilt für viele Staaten, die am Golf jetzt versammelt sind, der hat das moralische Recht verwirkt, sich jetzt auf Menschenrechte und auf das menschliche Leben zu berufen. Wir fordern neuntens: keine Verfassungsänderung in der Bundesrepublik, die es ermöglicht, deutsche Soldaten außerhalb des NATO-Vertragsgebietes einzusetzen. Es wäre ein schwerer Fehler gewesen, wenn leichtfertig nach der deutschen Einheit eine solche Verfassungsänderung auf den Weg gebracht worden wäre.

Zehntens: Wir müssen ernst machen mit dem Verzicht auf ABC-Waffen, wir müssen endlich aufhören, Technologien zu liefern, die andere Länder in die Lage versetzen, atomare, biologische oder chemische Waffen zu produzieren. Das gilt in besonderem Umfang für die deutsche Wirtschaft und Industrie. Wir müssen selbst dazu beitragen, daß wir innerhalb unserer Gesellschaft uns von den Kategorien der Vergangenheit lösen; daß wir eine wirklich zivile Gesellschaft aufbauen, die sich in erster Linie dem Leben verpflichtet weiß. Und daher wiederhole ich die Forderung vieler Menschen in Deutschland: Wir möchten eine Gesellschaft, in der die

Pflege kranker Menschen, in der die Pflege alter Menschen, in der alle menschlichen Hilfeleistungen höher bewertet werden als der Militärdienst, daher zumindest Gleichstellung des Zivildienstes mit dem Militärdienst.

Wir richten also nicht nur Appelle an andere, sondern wir überlegen selbstkritisch, welche Fehler in unserem eigenen Land, in unserer eigenen Gesellschaft teilweise unter unserem Mit-tun in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht worden sind. Ich glaube, die Konsequenz muß die sein, daß wir die politischen Ziele neu orientieren, und daß wir endlich lernen, daß im Vordergrund aller politischen Bemühungen die Bewahrung des Lebens steht, so wie viele Lehren es uns in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder gesagt haben. Es hat keinen Sinn, sich sonntags auf die Tradition des Christentums des Abendlandes oder des Humanismus zu berufen, um im Alltag anders zu handeln. Die Botschaft des Lebens harnt immer noch ihrer Erfüllung. Ich danke allen, die aufgerufen haben zu dieser Kundgebung und danke allen, die in Zukunft eintreten werden, um die Ziele, die ich formuliert habe, durchzusetzen. Und ich bitte Sie jetzt um Aufmerksamkeit für die Friedensgebiete der beiden Kirchen.

(-/16. Januar 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Wird es die Sowjetunion wieder geben?** **Zu den strukturellen Veränderungen im Leben des Landes**

**Von Dr. Dietrich Sperling MdB**

Die Frage besagt: es gibt sie nicht mehr, die SU, wie wir sie kennen. Verfassungsrechtler mögen streiten, ob sie juristisch noch vorhanden ist, so etwa, wie das nie untergegangene Deutsche Reich. Aber auch für die Rechtsbetrachter ist eine neue Wirklichkeit entstanden: 15 Republiken, die sich unabhängig erklärt haben, um so die Zentralgewalt abzuschütteln. Und in diesen 15 Republiken gibt es einige neue Gebilde, frühere autonome Republiken und nach der alten Verfassung gar nicht existierende "autonome Gemeinwesen", die sich ebenfalls für souverän und unabhängig erklärt haben, sowohl von der früheren SU als auch von den Republiken, deren Bestandteil sie zuvor waren.

Was da auch immer rechtlich existiert: von außen her wird die von Gorbatschow präsidierte und repräsentierte SU noch immer als völkerrechtlich relevanter Partner behandelt und ein Teil der Republiken hat jedenfalls gegen die von Schewardnadse betriebene Außenpolitik keine Einwände erhoben.

Im Innern des Landes sind jene charakteristischen Gebilde verändert, die zuvor das Land für uns "sowjetisch" machten: die zentralistische Gewalt ausübende Einheitspartei mit ihrer Ideologie. Der Marxismus-Leninismus ist als Einheit stiftende Theorie ganz und gar zerfallen. Seine "Spruchweisheiten" dienen nicht einmal mehr als dogmatisch abgespielte "Erkennungsmelodie" für Eingeweihte. Die Bindekraft von Ideologie und Partei ist dahin, ihre Steuerungsfähigkeit für die gesellschaftlichen Prozesse auch.

Wodurch wird das Land überhaupt noch zusammengehalten? Die früheren Mechanismen zum Koordinieren der arbeitstelligigen Leistungen - das Privilegiensystem und "Lager und Knute" - bestehen auch nicht mehr. Also nichts hält das Land wirklich zusammen, der Rubel nicht, die orthodoxe Kirche nicht. Wohl aber bildet ein antirussischer Nationalismus (Antizentralismus in

diesem Gewand) ein Bindemittel für die sich abspaltenden Völkerschaften. Für die Angehörigen der russischen Nationalität funktioniert dies Bindemittel aber nicht, die Russen haben nur streitende, zum Teil populistische Politiker ohne Basisorganisationen zum Identifizieren.

Dabei ist das Land in seiner Entwicklung mit industriellen Großkomplexen ausgestattet worden, die zusammenwirken müßten, damit alle eine Zukunft haben: zum Beispiel baut man in der Aserbaidschanischen Republik fast alles Material zur Erdöl- und Erdgasförderung. Fällt Aserbaidschan aus, krankt die Energieversorgung der ganzen Sowjetunion. Ähnlich ist es mit der "dezentralen Zentralisierung" der meisten Industriebranchen bestellt: jeweils von einem Ort aus wird die ganze SU beliefert, Litauen sorgt für die Elektrozähler, Smolensk für bestimmte Schulbücher in fast allen Sprachen der SU usw.

Wollen die Völker der SU auf bestimmte erreichte Versorgungsstandards nicht verzichten, dann müssen sie ihre Leistungen koordinieren, ob in einem Bundesstaat, einem Staatenbund, einem EG-ähnlichen Gebilde, wie auch immer. Für all das aber gibt es keine organisatorische Grundlage außer den alten Apparaten: Bürokratie, Armee, KGB. Nichts existiert, das die koordinierende Rolle übernehmen kann.

Gorbatschow hatte, vermutlich in der Erkenntnis, daß es keinen Ersatz für diese Apparate gibt, auf eine reformfähige und reformfreudige KP gesetzt. In der aber haben Konservative und Radikalreformer sich gegenseitig beschäftigt: die Reform der Partei blieb hinter der im Lande zurück. Die wegweisende Leistung der Partei - wie fragwürdig sie ansonsten auch gewesen sein mag - entfiel im Perestroika-Prozeß, Konservative und Radikalreformer haben gemeinsam das Instrument zerstört, das das Land hätte leiten müssen mangels politischer Alternative.

Übrig bleiben die scheinbar unpolitischen Alternativen der bisherigen Staatsapparate oder ihrer Teile, vor allem Armee und KGB - nun aber ohne leitende Ideologie. Es droht also eine "technische" Militärherrschaft, unterstützt vom "wissenden" KGB, fast schon unvermeidlich, weil Alternativen nicht mehr sichtbar sind. Die existierenden - meist durchaus frei gewählten Parlamente - der Union und der Republiken blockieren sich gegenseitig, sie koordinieren bestenfalls Teilkkräfte der Völker, aber gegeneinander.

Wie schwer ein über Jahre ausgebildetes System zu ändern ist, das erfahren wir gerade am Beispiel der ehemaligen DDR. Von der Treuhand zu den Städten, von Ministerien zu Schulen, überall sind die alten Experten der alten Apparate noch in Ämtern, Seilschaften nennt man sie häufig. Durchbrochen werden sie durch Personalimporte aus der Bundesrepublik (West), aber auch nur sehr begrenzt. Immerhin gibt es das Lockmittel der D-Mark in Ostdeutschland mit riesiger Bindekraft. Nichts Vergleichbares hat die Sowjetunion, um Leute zur koordinierten Leistung zu bewegen.

Kehrt die Sowjetunion zurück? Vermutlich ja als vom Militär koordiniertes, vielleicht auch noch um Reform bemühtes Land, also nicht in der alten Gestalt - aber doch mit zentral ausgeübten Zwängen gegenüber den Republiken, ihre proklamierte Souveränität aufzugeben.

Wird es ein Bemühen um das Wachsen alternativer ziviler Strukturen geben? Vermutlich auch, aber das hängt ganz von den Widerständen ab, die das Militär bei der Herstellung eines koordinierenden Staates brechen muß.

Mit einfachen moralischen Urteilen gegenüber agierenden Personen wird man es sich im Westen zu leicht machen. Sicher mag man sich nach den Fehlern von Gorbatschow und Jelzin - und anderen - fragen. Nur kommt man damit nicht zur Erklärung des gesellschaftlichen Wandlungsprozesses. Die wenigen handelnden Reformpolitiker bilden wegen ihrer Gegensätze keine handlungsfähige Koalition mit einer sie stützenden Mehrheitsbasis. Manchen von ihnen geht das Reformprogramm zu schnell, manchen zu langsam. Was immer sie an Ände

rungen fordern - es ist häufig gegensätzlich und bedeutet Nachteile für das Personal der noch existierenden Apparate. Es gibt keine starke gesellschaftliche Gruppierung mit einem in sich schlüssigen Reformkonzept. Milde gesagt gibt es ein Nebeneinander, scharf gesagt ein Durcheinander von Reformvorstellungen.

Weder die kommunistische Ideologie noch die sozialwissenschaftliche Forschung im Westen über die Sowjetunion haben für die Perestroika Vorahnungen und Vorbereitungen hinsichtlich der entstehenden Probleme gehabt, jedenfalls nicht getragen von realistischen Kenntnissen über die Komplexität der Wandlungen, auf die sich Gorbatschow einließ.

Widerum: wie realistisch haben handelnde Politiker den Reformprozeß in der ehemaligen DDR eingeschätzt.

Nach Jahren permanenter Überraschungen müssen alle eingestehen: Wir haben mit den sowjetischen Politikern das Irren über die zu erwartenden Entwicklungen geteilt.

(-/16. Januar 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Frauenbündnis '90: Krieg ist keine Lösung!**

Frauen des Frauenbündnis '90 haben in den letzten Tagen mit Blick auf die täglich eskalierende Golfkrise Kontakte vor allem zu europäischen Frauen in politisch verantwortlichen Positionen aufgenommen. Mit einem Aufruf soll unter anderem der politische Einfluß der Frauen von Norwegen bis Italien, von Brüssel bis Straßburg, von Kanada bis Japan bis hin zu den Frauen der Dritten Welt verstärkt werden. Von deutscher Seite ist der Aufruf zunächst unterschrieben von Marianne Birthler, Ministerin (Brandenburg), Ilse Brusis, Ministerin (NRW), Herta Däubler-Gmelin (Stellv. SPD-Vorsitzende), Ursula Engelen-Kefer (Stellv. DGB-Vorsitzende), Lieselotte Funcke (Ausländerbeauftragte), Anke Fuchs (Bundesgeschäftsführerin der SPD), Hildegard Hamm-Brücher (MdB i.R.), Karin Hempel-Soos (Schriftstellerin), Heide Pfarr (Senatorin, Berlin), Eleonore von Rotenhan (Ev. Kirche), Eva Rühmkorf, Ministerin (Schleswig-Holstein), Renate Schmidt (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), Waltraud Schoppe (Ministerin, Niedersachsen), Carola Stem (Publizistin), Heidemarie Wiczorek-Zeul (MdB/SPD), Hildegard Zumach (Ev. Frauenarbeit). Der Aufruf im Wortlaut:

Seit Monaten gibt es jeden Tag bedrohlichere Nachrichten vom wahrscheinlichen Krieg am Golf.

Die militärische Konfrontation läuft mit scheinbar naturgesetzlicher Unabwendbarkeit auf eine Katastrophe nicht vorstellbaren Ausmaßes zu.

Der Einsatz von Giftgas und atomaren Waffen wird angedroht. Ein Krieg mit diesen Massenvernichtungswaffen würde aber nicht nur alles zerstören, was an Abrüstung in den letzten Jahren in Gang gekommen ist, sondern Millionen von Toten und Leidenden auf einer zerstörten Erde wären zu beklagen.

Frauen wollen Frieden!

Die einmalige Chance, der Welt zu zeigen, daß es vor dem Hintergrund der Einigkeit der Vereinten Nationen möglich ist, Konflikte (bis hin zur Verletzung von Völkerrecht) auf nichtmilitärische Weise zu lösen, wird verspielt.

Wir Frauen fordern politische Lösungen unter der Führung der Vereinten Nationen. Auch in den letzten Tagen und Stunden bis zum Ablauf des Ultimatums darf keine Chance ungenutzt bleiben, den Krieg am Golf zu verhindern. Die Zerstörung von Kuwait durch die, die es okkupierten, und durch die, die es befreien wollen, kann nicht das Ziel sein!

Vor allem die europäischen Völker - und hier die Europäische Gemeinschaft - sind gefordert, ihre Kräfte und Einflußmöglichkeiten zu bündeln, um zu einer friedlichen Lösung dieser lebensbedrohendsten aller Krisen zu kommen.

Wir Frauen stehen in dieser Frage vor allem für die Zivilbevölkerung. Mit jedem Krieg nahm der Anteil der Opfer unter der Zivilbevölkerung zu. Schon in Vietnam kamen auf zehn getötete Soldaten neunzig getötete Zivilisten.

Wir Frauen stehen auch in der Pflicht von Millionen Witwen und Waisen der Kriege dieses Jahrhunderts, wir wollen weitere Opfer in unvorstellbarer Höhe verhindern. Wir sind mehr als 50 Prozent der Menschheit. Schon darum tragen wir große Mitverantwortung.

Wir Frauen stellen uns gegen die täglich, ja stündlich fortschreitende Eskalation und unterstützen alle weltweiten politischen und diplomatischen Vermittlungs- und Entspannungsbemühungen.

Auch für das friedliche Miteinanderleben von Israelis und Palästinensern in gesicherten Grenzen tragen wir eine besondere Verantwortung.

**Krieg ist keine Lösung!**

Frieden verlangt große Ausdauer und Anstrengungen. Der Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt darf nicht in Kraft treten.

Darum fordern wir:

1. Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait.
2. Abzug der multinationalen Truppen aus der Golfregion.
3. Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten mit dem Ziel der Überwindung aller Kriegs- und Krisenursachen in der Gesamtregion.

Wir rufen die Frauen der Welt. Verhindert diesen Krieg!

Wir appellieren an alle Männer, unsere Väter, Söhne, Brüder und Lebensgefährten: Laßt diesen Krieg nicht zu! Verstärkt die Stimmen der Frauen. Stärkt die Stimmen der Vernunft. Nutzt jede noch so kleine Chance zur Verhandlung.

Frieden geht uns alle an.

(-/16.1.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*